

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Donnerstag 18. Juli 1907.

101. Jahrgang.

Bezugs-Preis

Der Preis des Blattes...

Abonnement-Preise...

Verleger-Informationen...

Druckerei-Informationen...

Anzeigen-Preis

Der Preis der Anzeigen...

Abonnement-Preise...

Verleger-Informationen...

Druckerei-Informationen...

Nr. 197.

Das Wichtigste vom Tage.

- Der Kaiser setzte vorgestern nachmittag 4 1/2 Uhr die Reise nach Karol fort...
Mit dem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie 'Windhut' ist gestern morgen 1 Uhr 30 Min. ein Truppentransport aus Deutsch-Südwestafrika in Stärke von 21 Offizieren und 332 Unteroffizieren und Mannschaften in Cuxhaven eingetroffen.
Wie an maßgebender Stelle mitgeteilt wird, beruht die Nachricht, daß sich an die Auslieferung der Textilarbeiter in Landeshut unmittelbar die Ausschließung aller schlesischen Textilarbeiter anhängen werde, auf einem Irrtum.
Die Walzwerker im Frankenwald sind in eine Lohnbewegung eingetreten, die auch auf den Thüringer Wald auszugreifen droht.
Die vierde Kommission der Friedens-Konferenz hat die Abschaffung des Kaper-Rechtes beschlossen.
Die Leipziger Stadtverordneten richteten in ihrer gestrigen Sitzung den Antrag an den Rat, eine Verbrennungsanlage für Feuerbestattung auf städtische Kosten zu errichten.
Vor dem Karlsruher Schwurgericht begann gestern der Mordprozeß Han. (S. Ver.)

Die Handlanger der 'Nebenregierung'.

Wenn der Chor der konservativen Presse in Sachsen, der sich nicht so schnell daran gewöhnen kann, daß die sächsische Regierung einmal ihren eigenen Willen gegen den der Partei durchsetzen will, die sich bisher als Alleinherrscher im Lande betrachtete, einen Entrüstungswimmel inszeniert und verlangt, die Regierung solle Herrn von Rostig abschütteln oder ihn veranlassen, seine Behauptungen zu beweisen, so kann man das verstehen. Die Agitationen lassen eben ihre Geschäfte spielen. Eine fröhliche Preßpolemik wirkt reinigend wie ein gewisses an schmalen Sommervergnügen, und die politische Atmosphäre in Sachsen war nachgerade schön genug geworden. Bedenklich wird die Sache aber, wenn liberale Blätter sich dazu hergeben, den Herren von der Nebenregierung — oder um das nach ihrer Ansicht des Beweises entbehrende Wort vorläufig beiseite zu lassen — den Herren von der äußersten Rechten Handlangerdienste zu leisten resp. ihren Dresden-Korrespondenten gestatten, Herrn Wehnert wesentlich oder unwillkürlich als Werkzeug zu dienen, — was in der Wirkung auf das Volk hinausläuft. Die Dresden-Neuesten Nachrichten bemerken hierzu in einem von Personal- und Sachkenntnis zeugenden Artikel: 'Die politische Welt, in der man sich in den Hundstagen langweilt, würde sich wundern, wenn sie die vieljahrigen Preßhebenmanöver der Konservativen der Preßhebenmanöver mag zoologisch nicht unanfechtbar sein, aber es trifft den Nagel wunderbar auf den Kopf, wie das schon gefehlt, und es wiedergegebene Beispiel zeigt. Wir meinen jenen famosen Dresden-Vertreter eines führenden liberalen Blattes aus dem Westen, der den Minister des Innern ausfragte und dann seine Weisheit nicht nur an sein Blatt, nein — auch an Herrn — Wehnert, den konservativen Führer, weiter gelangen ließ.

Die Folgen solcher — gelinde ausgedrückt — politischen Urteilslosigkeit sind leider nur denjenigen klar, die aufmerksam viele Zeitungen lesen müssen und dabei in der Lage sind, die Fäden bis dahin zu verfolgen, wo sie gesponnen werden. Sie verdienen aber die einmal im Interesse der guten Sache niedriger gebüht zu werden. Man las nicht nur in dem 'führenden liberalen Blatt im Westen', sondern auch in einem Blatte der Reichshauptstadt, das gewiß sonst nicht reaktionärer Reizungen befehligt werden kann, dieselbe Forderung, die die 'Dresdener Nachrichten' erhoben, — Herr v. Rostig müsse sich näher erklären, hiesigen usw. Was seit Jahrzehnten in Sachsen die Spagen von den Dählern pieisen, was die gesamte nicht den agrarischen Sonderinteressen dienende Presse seit Jahren wiedergelaut hat, — das sollte auf einmal etwas ganz neues sein! Da bleibt es doch nur merkwürdig, daß diese 'glücklich neue Enthüllung' im Valmargarten in Dresden von der ganzen großen Versammlung konservativer Politiker nicht etwa nur schweigend entgegengenommen, sondern mit lautem anhaltendem Beifall begrüßt wurde, einem Beifall, der deutlich zeigte, daß hier keine Enthüllung gemacht, sondern ein erlösendes Wort gesprochen worden war, erlösend in erster Linie für die Konservativen selbst.

Weniger wunden wird man sich jetzt allerdings, wenn man sich erinnert, daß dieselben liberalen und demokratischen Blätter, deren 'eigene Berichtblätter' jetzt mit dem 'Leipziger Neuesten' und den 'Dresdener Nachrichten' die Regierung in eine Sackgasse zu treiben versuchen, vor Monaten — besonders kurz vor der Begründung der konservativen Sezession — mit so verbächtigen Eifer betonten, daß in der konservativen Partei die schönste Einigkeit herrsche. Auch hier waren die Preßheben, die dieses Märchen geschäftig und wichtig in die Welt hinauszutreiben, in der Hölle des Reaktionsdämoniums befruchtet worden, aber nicht alle: in einigen Fällen war die Befruchtung nur indirekt — die Weisheit des Herrn Dr. Wehnert wird auch dann noch antwortlich, ja begierig geschluckt, wenn sie erst einige Kanäle passiert hat, die gerade nicht reinigend zu wirken pflegen.

Zu den unfruchtbarsten, unüberlegten Diensten, die solche liberalen Blätter der Reaktion leisten, gehören auch jene Entschuldigungen, die

in den letzten Tagen meldeten, der Minister Graf Dönhofel sei wegen des Legationsrats von Rostig' Aufstreten in Ungnade beim König gefallen oder die, wie die 'Frl. Bg.' wenigstens davon redet, der König sei höchst peinlich berührt über des Herrn von Rostig' Ausfühungen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die liberalen Blätter, von denen man, im Gegensatz zu den Blättern, die angeblich jeder nationalen Partei dienen wollen, dabei aber doch stets mit wahrem Vergnügen nur Reaktionen, Konteraktionen oder Reformen vorspannen zu leisten, erwarten kann, daß sie der sächsischen Regierung in ihrem Bestreben, sich die konservative 'Nebenregierung' vom Hals zu schaffen, kein Bein stellen wollen, alles auf das Größtmögliche prüfen, was ihnen in dieser Angelegenheit zur Veröffentlichung zugeht. Es kann da mit einigem Zelt viel getan, mit Ungeheuerlichkeit oder Sensationellust viel verbrochen werden.

Zur sächsischen Landtagswahl.

Das nationalliberale Vereinsblatt bringt folgende Zusammenstellung der bisher von der nationalliberalen Partei für die diesjährige Landtagswahl aufgestellten Kandidaten.

- Städtische Wahlkreise.
Leipzig II. Geh. Justizrat Dr. D. Schill, Leipzig.
Leipzig IV. Fabrikant O. Müller, Leipzig.
Dresden I. Landgerichtsdirektor Franz Kettner, Postwitz bei Dresden.
Dresden II. Rechnungsrat Anders, Dresden.
Dresden III. Dr. Paul Vogel, Dresden.
Chemnitz II. Fleischereimermeister K. K. K. K., Reustadt bei Siegmarsdorf.
Rittau-Tabau. Lehrer Philipp Pflug, Rittau.
Dippoldiswalde-Dohna. Lehrer Art. Richter, Mathen bei Rittau.
Döbeln-Leisnig-Waltheim. Prof. Dr. K. K. K., Döbeln.
Hurgstädt-Rochlitz. Rechtsanwalt Dr. Georg Jöckel, Leipzig.
Crimmitschau-Werdau. Bankier Gustav Händel, Crimmitschau. (Reinigte Bürgerliche Partei.)
Kue-Schwarzenberg. Fabrikbesitzer Stadtrat A. Bauer, Kue.
Ländliche Wahlkreise.
1. Rittau-Tabau. Fabrikbesitzer Müller, Rittau.
2. Groh-Schönau-Seiffenwerder. Kommerz-Rat Fabrikbesitzer Dr. Richter, Groh-Schönau.
3. Bärenstein-Rittau. Land - Rentmannsdorf. Gemeindevorstand Zimmermann, Copitz.
4. Böhla-Augustusburg. Fabrikbes. Ernst Stephan, Böhla.
5. Stolberg-Land. Theodor Schuppel, Durschdorf bei Stolberg.
6. Oberreichenbach-Wilkau. Gemeindevorstand Kleinempel, Wilkau.
7. Bad Elster-Bärensdorf, Dr. med. W. Werbat, Bad Elster.

Kurswechsel in der badischen Regierung.

Aus Baden wird uns geschrieben: Es tritt immer mehr zutage, daß die Verabschiedung des Ministers Schenkel auch einen Kurswechsel in der badischen Regierung zu bedeuten dürfte. Bekanntlich wurde dem geschiedenen Minister von ultramontaner Seite mit einer rührenden Unermüdlichkeit zur Last gelegt, daß er das gegen die Ultramontanen gerichtete Stichwahlabkommen der Liberalen mit den Sozialdemokraten mit seiner Autorität gedeckt und gefördert habe. Schließlich wurde ihm die Reichstagswahl, die ja allein in Baden der Sozialdemokratie keine Verluste an Stimmen und Mandaten gebracht hätten, der Scheiterhaufen angezündet, auf dem zwar nicht Schenkel selbst, aber doch sein Ministerportefeuille verbrannt ist. Fraglos ist Schenkel's Politik auf eine zwar nicht äußerliche, aber um so mehr auf eine innerliche Überwindung der Sozialdemokratie gerichtet gewesen. Schenkel hat darum die Sozialdemokratie nicht grundtätig zurückgewiesen, sondern hat sich ihre Mitarbeit gern gefallen lassen. Entgegengetreten, und dann unter Umständen auch scharf entgegengetreten ist er ihr nur da, wo er ihre Forderungen und ihr Aufgebot als unangenehm empfunden hat. So war die Politik, wie sie durch Boerischoff für das Reich der Reichstagswahl in Baden bereits traditionell geworden war. Diese Schenkel'sche Politik in Verbindung mit dem Stichwahlabkommen hat dann allerdings nicht zu einer siffernmäßigen Niederlage der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen geführt. Aber das hat sie allerdings bewirkt, daß die reaktionäre Richtung gerade in der badischen Sozialdemokratie sich stetig weiter gefestigt und ausgebreitet hat. So lag tatsächlich nicht die geringste Veranlassung vor, mit einer Regierungspraxis, die sich bisher durchsah bemüht hatte und die bei ihrem weiteren Gelingen für ganz Deutschland hätte vorbildlich werden oder vorbildlich bleiben können, zu brechen.

Die jetzige badische Regierung hat aus den verflochtenen Reichstagswahlen die umgekehrte Konsequenz ziehen zu müssen geglaubt. Sie hat in unüberlegter Weise der Sozialdemokratie gezeigt, daß sie sie künftig als bisher zu behandeln gedenke. Anlaß dazu gab ihr die Wahl eines Eisenbahnarbeiters in der Karlsruher Bürgerauswahl. Der betreffende heißt Schäufele. Er ist seit vielen Jahren sowohl Arbeiter der badischen Eisenbahnbetriebsverhältnisse wie sozialdemokratisches Parteimitglied. Als solches wurde er auf Vorschlag seiner sozialdemokratischen Fraktionskollegen von einer kürzlich erfolgten Wahl in den Karlsruher Bürgerauswahl komitee kooptiert. Unmittelbar darauf wurde er, wie wir schon mitteilten, von seiner vorgelegten Weisheit vor die Alternative der Entlassung oder des Austritts aus der sozialdemokratischen Partei gestellt. Das Weisheitsministerium aber erklärte, daß dieses Vorgehen von ihm ebenso gebilligt werde, wie es nur in Ausführung seiner eigenen Intentionen erfolgt sei. Der 'Fall Schäufele' ist also von der Regierung gemacht. Wie er an den Herzen berührt worden war, geht daraus hervor, daß nicht nur eine ganze Anzahl anderer sozialistischer Eisenbahnarbeiter als Sozialdemokraten Mitglieder von Bürgerauswahlen sind, sondern daß auch Schäufele selbst lange Zeit als sozialistischer Arbeiter und als Sozialdemokrat unbeschadet Mitglied des Bürgerauswahls einer Vorgemeinde in der Nähe von Karlsruhe gewesen ist. Ebenfalls ist färllich ist, was die Regierung zur Rechtfertigung ihres Vorgehens als ätzliches Delikt der Sozialdemokratie vordringt. Denn die Neuerung liegt auf dem vorjährigen Mannheimer Parteitag, auf die die Regierung sich beruft, daß die Sozialdemokratie die Organisation der

Transportarbeiter zur Durchführung eines Generalstreiks erstreben würde, hat Legion tatsächlich gar nicht in diesem Sinne getan; dann aber wäre auch der Karlsruher Bürgerauswahl der letzte Ort, wo der Sozialdemokrat Schäufele beratende Besprechungen veranlassen könnte. Der Fall Schäufele ist daher und sollte nur sein das Ausdrucksbild für die Frontveränderung der badischen Regierung. Man will auch bei uns die Sozialdemokratie äußerlich niederreiten, und frecht dazu mit leichtem Herzen und entschlossener Hand alles aus, was an innerlicher Überwindung der Sozialdemokratie, an ihrer Einfügung in die aktive Staatspolitik gerade in Baden bereits erreicht worden war.

Das ein derartiger Umschwung im Bereich der Möglichkeit lag, darauf mußte man allerdings bereits seit den letztjährigen Verhandlungsverhandlungen gefaßt sein. Damals war nämlich, und zwar sowohl in der Ersten, wie in der Zweiten Kammer, die Frage der Aufhebung des Gehaltsstatuts der niederen Beamten mit der Forderung einer Weisung der Beamtenabgabe verknüpft worden. Diesen Forderungen auf Einschränkung des Beamtenrechts war dann zwar von den vertriebenen Seiten widersprochen worden. In der Ersten Kammer waren es namentlich die Oberbürgermeister von Mannheim und Freiburg gewesen, die mit Berufung auf die bewährte freiheitliche badische Tradition jede Einschränkung des bisherigen Beamtenrechts als gänzlich unmotiviert entschieden zurückgewiesen. Aber es mußte ihnen auffallen, daß der energischste Befürworter eines verkürzten Beamtenrechts in der Ersten Kammer, Geheimrat Dostell, bei der nächsten Sitzung zum Minister berufen wurde, abgleich das ihm übertragene Finanzportefeuille mit seiner bisherigen Stellung als Leiter der Wasser- und Straßenbauinspektion nur wenige Verhandlungspunkte bot. Auffallend war es ferner, als in diesem Frühjahr das Ministerium Gelegenheit nahm, den Eisenbahndienstleistungen des § 2 der Verwaltungsvorschriften durch besondere Erlass ins Gedächtnis zurückzurufen. Dieser Paragraf besagt, daß 'Angelegenheiten, welche die Verwaltung betreffen, von Beamten ohne Genehmigung der Generaldirektion weder in öffentlichen Blättern besprochen, noch in anderer Weise zum Gegenstand einer öffentlichen Kundgebung gemacht werden dürfen.' Da nun die Arbeitsbedingungen und Lohnverhältnisse einen Hauptteil der Verwaltungsaufgaben bilden, so wäre mit der genauen Einhaltung dieser Vorschrift den Eisenbahngesellschaften die Vorgespräch ihrer eigenen Verhältnisse unangenehm gemacht. Das besäe an diesem § 2 ist es denn früher auch gewesen, daß auf seine Einhaltung nicht gehalten worden ist. Auch das soll nun anders werden.

Was aber dieser neuerlichen Regierungspraxis mit ihrem Fall Schäufele eine allgemeine politische Bedeutung gibt, ist die Verletzung, die sich im Verhältnis der Regierung zu den Parteien andeuten mag, wenn die Regierung auf dem von ihr betretenen Wege wirklich weiter fortzuschreiten sollte. Das nächste Ergebnis des Falles Schäufele ist denn auch der eumütige Protest gegen diese Regierungsmaßregel seitens aller Parteien gewesen, welche seiner Zeit am Stichwahlabkommen beteiligt waren, also nicht nur der Sozialdemokraten, Demokraten und Freisinnigen, sondern ebenso der jungen und der alten Nationalliberalen. Besonders scharf sprach sich die Resolution des Karlsruher jugendliberalen Vereins aus, welche es berührt, daß die 'Eisenbahnverwaltung in Fall Schäufele einem im Vertragsverhältnis zu ihr stehenden Arbeiter die Ausübung eines staatsbürgerlichen Rechtes praktisch unmöglich gemacht und dadurch ihre Macht als Arbeitgeberin, unter Zustimmung der Groß-Staatsregierung, in politischer Richtung mißbraucht hat.' Aber ebenso bestimmt, und höchstens in der Tonart verschieden, hat sich die ganze nationalliberale Presse antisozialdemokratisch geäußert, unter Bismarck's Einfluß stehende Mannheimer 'Generalanzeiger' hat davon eine Ausnahme gemacht. Nur eines der zwei Heidelberger nationalliberalen Blätter macht neuerdings den schärfsten Versuch einer teilweisen Rechtfertigung der Regierung, während der badische 'Scharfmacher' Otto Ammos, der aber in Parteifreien gänzlich einflußlos ist, zu seiner Billigung der Regierungspraxis auf die anberaubende Presse — er ist Korrespondent des 'Schwäbischen Merkur' — angewiesen blieb. Die Wiederholung des Stichwahlabkommens zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen ist denn auch noch nie auf liberaler und sozialdemokratischer Seite so gefordert erschienen, wie gerade jetzt.

Eine politisch belangreiche Mitdenkungs findet die Regierung, da die Konservativen in Baden nicht in Betracht kommen, gegenwärtig nur beim Zentrum. Das ist auch ganz in der Ordnung. Denn gerade der Zentrumsführer, Landgerichtsdirektor Hebrich, ist es gewesen, der, wie Dostell in der Ersten, so er in der Zweiten Kammer, der Regierung eine scharfere Handhabung der Beamtenabgabe zugemutet hatte. Jedoch ist nicht mal die Zustimmung des Zentrums eine ungetreue. Es aber die Regierung überhaupt wohl beachtet haben möge, ihre Schritte künftig vorwiegend beim Zentrum zu suchen, oder ob sie sich nur in Bezug auf die Stärke der gegen sie einsetzenden liberalen Opposition bereden hat? Wir glauben das letztere. Es wäre jedenfalls ein eigenes und für Baden tragisches Zusammenstreifen, wenn zu derselben Zeit, wo sich im Reich die Abwendung vom Zentrum vollzogen hat, in Baden, gerade in Baden, dessen ganze bisherige Geschichte in einer fortwährenden Abkehr des Ultramontanismus beendeten hat, das politische Herold auf Zentrum eingestellt würde. Der Gedanke ist so absurd, daß noch immer die Hoffnung nicht aufgegeben werden darf, daß bei Umkehrung in der Verwaltungspraxis der badischen Regierung doch kein dauernder sein werde.

Deutsches Reich.

Leipzig, 18. Juli.

\* Prinz Friedrich Wilhelm Landrat? Nach der 'Neuen Zeit. Corr.' soll Prinz Friedrich Wilhelm an den Verwaltungsgeschäften, mit denen er jetzt bekannt gemacht wird, sowie Freunde gefunden haben, daß er an den Kaiser die Bitte gerichtet hat, nach beendeter Vorbildung ein Landratsamt übernehmen zu dürfen. Wie die genannte Korrespondenz weiter meldet, soll diese Bitte schon die Billigung des kaiserlichen Familienoberhauptes gefunden haben.

\* Das neue Weinrecht. Zur Förderung eines neuen Weinrechts äußert sich die heftige Handelskammer in Bingen dem Standpunkt des Weinhandels aus, daß der dringende Wunsch nach Ruhe vor allen neuen gesetzgeberischen Experimenten bestehe. Der Weinhandel leide nach wie vor unter den starken Uebertriebungen über unentgeltliche Zustände im Weinverkehr. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen würden nicht hindern können, daß Ausschüßungen vorkommen, ebensowenig wie seit Jahrhunderten eingeführte schwere Strafen für andere Vergehen letztere androhen konnten. — In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die rheinische Winzerbewegung stark unter Zentrum-Einfluß zu stehen scheint.

\* Ein Kanal Bremen-Hamburg? In Nordwestdeutschland taucht ein neues Kanalprojekt auf, das den von einer Wasserstraße zwischen Bremen und Hamburg bezeugt. Bei diesem Projekt handelt es sich um eine Verbindung zwischen den in ihrem oberen Laufe zu kanalisierenden Flüssen Wümme und Eise, die beide ihre Quellen in der Lüneburger Heide haben.